

Kassel, 16.09.2009

**Beschlussempfehlung
an die Stadtverordnetenversammlung**

Verhaltensberatung der Schulen in Krisensituationen

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, B90/Grüne und FDP
- 101.16.1423 -

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. von Rüden

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, Vertreterinnen und Vertreter des Polizeipräsidiums Nordhessen und Vertreterinnen und Vertreter der AG „Netzwerk gegen Gewalt“ in die nächste Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung einzuladen, um über die Verhaltensberatung der Schulen in Krisensituationen sowie über die Zweckmäßigkeit von zusätzlichen sicherungstechnischen Maßnahmen in den Kasseler Schulen zu informieren.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

nicht anwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, B90/Grüne und FDP betr. Verhaltensberatung der Schulen in Krisensituationen, 101.16.1423, wird **zugestimmt**.